

über die dann das Bedauern ausgesprochen werde, seien praktisch wertlos. In weiteren Ausführungen sprach Herr Bierhenke den Dank aus an Herrn Dr. Felsing, daß dieser im Interesse der kleinen Uhrmacher einen Schlußstrich gegenüber der Alpina gezogen habe.

Hierauf folgte die Besprechung der zahlreichen zur Verbandsstagung eingegangenen Anträge, die Verbandsdirektor König in kurzen Ausführungen erläuterte. Zu Erörterungen gaben unter anderem Anlaß die Anträge betreffend das Ausverkaufswesen, die Frage einer Zwangsversicherung der selbständigen Gewerbetreibenden, ferner die Frage der Rückzahlung eines von der Innung in Nürnberg für die Gemeinschaftsreklame geleisteten Beitrags von 200 RM. (eine Zahlung, die eigentlich der Unterverband zu leisten gehabt hätte). Ehe man zum Schluß der Hauptausschußsitzung kam, erhielt man noch Gelegenheit, den Vertreter der Stadt Frankfurt a. M. über die Ausstellungspläne zu hören, die in Frankfurt im Jahre 1931 verwirklicht werden sollen, für den Fall, daß 1931 die Reichstagung dort stattfindet. Vorsitzender Kerckhoff stellte die Geneigtheit des Ausschusses fest, sich dafür einzusetzen, daß für 1931 Frankfurt zum Tagungsort des Zentralverbands bestimmt wird. Es kamen schließlich noch Fälle zur Sprache, aus denen zu ersehen war, wie manchmal hintenherum Uhrenhandel betrieben wird, so ein krasser Fall aus Berlin, sowie ein Fall gewerbeschädigender Agitation eines kirchlichen Blattes gegen die Wahl von Uhren oder Schmuckgegenständen zu Konfirmationsgeschenken. Diese Fälle werden dem Vorstand zur weiteren Behandlung überwiesen.

Nach Dankesworten Herrn Coquols an den Verhandlungsleiter Herrn Kerckhoff und nachdem dieser Herrn Dr. Felsing noch besonders gedankt hat für seine Teilnahme an den wichtigen Beratungen, konnte die Sitzung des Hauptausschusses nach neunstündiger, durch eine kurze Mittagspause unterbrochener Dauer geschlossen werden.

Gemeinsames Essen im „Kaiserhof“

Einer Einladung der Firma Thiel (Ruhla) folgend, vereinigten sich die Teilnehmer der Hauptausschußsitzung nach ihrer arbeitsreichen Tagung mit dem Gastgeber bei einem Essen im Saal des Hotels „Kaiserhof“, woran auch eine Anzahl Damen von Vorstands- und Ausschußmitgliedern teilnahm. Es herrschte ein heiterer geselliger Ton bei dem festlichen Mahle, das im Laufe des Abends auch mit einigen Tischreden gewürzt wurde. Als erster Redner erhob sich Herr Direktor Thiel, um seine Gäste in liebenswürdiger Weise zu begrüßen. Herr Kerckhoff hob in warmherzigen Worten die Bedeutung eines guten Einvernehmens in der gesamten Uhrenbranche hervor und gab, die Frage Treurabatt kurz erwähnend, der Hoffnung auf Wiederanbahnung guter Beziehungen zum Wirtschaftsverband Ausdruck. Herr Kochendörffer erinnerte an die Zeit der Eisenacher Gründung des Verbandes, der trüben Zeitaltere gedenkend, in denen damals Deutschland langsam wieder zu innerer Ordnung kam. Die Rede Herrn Kochendörffers klang aus mit einem Hoch auf unser deutsches Vaterland, das lösenden Widerhall fand, worauf unter Begleitung des Orchesters gemeinsam das Deutschlandlied gesungen wurde. Zuletzt erhob sich Herr Hoffmeister, um mit edlem rhetorischem Schwung, ausgehend von der Bedeutung Eisenachs für deutsche Geistesgeschichte, die Damen zu feiern. Bei dem Hoch auf die Gefeierten klangen hell die Gläser aneinander. Der stimmungsvolle Abend hielt die Gäste noch längere Zeit beisammen, und im Anschluß an das gemeinsame Essen konnte, wer Lust und Liebe dazu hatte, auch ein Tänzchen wagen.

Versammlung des Schußverbandes für die Genossen der Deutschen Präzisionsuhrenfabrik Glashütte

Im Festsaal des „Fürstenthof“ versammelten sich Samstag, den 22. Juni, nachmittags 4 Uhr, die Genossen der Deutschen Präzisionsuhrenfabrik Glashütte zu einer Besprechung der Schrifte, die von seiten des Schußverbandes in der bekannten Angelegenheit unternommen werden sollen. Fortführung des Prozesses oder Fortführung der auf gütliche Einigung gerichteten Bestrebungen und Unterhandlungen, das war hier die Frage. Eingeleitet wurde die Besprechung durch einen Bericht, den Herr Verbandsdirektor König über den jetzigen Stand der Dinge gab. Der Redner erinnert an die Erörterungen, die vor Jahresfrist in Magdeburg stattgefunden haben, wies sodann auf das erstinstanzliche Urteil hin, das zugunsten der Genossen ausgefallen ist, während das Oberlandesgericht Dresden sich auf den entgegengesetzten Standpunkt stellte und die Haftung der Genossen bzw. Zahlungsverpflichtung bejahte. Im erstinstanzlichen Urteil hieß es bekanntlich, daß die in Frage stehende Fusion nicht rechtsverbindlich gewesen sei. Im Gegensatz hierzu hat die höhere Instanz die Rechtsgültigkeit der Fusion bejaht. Soll nun gegen diese Entscheidung Revision beim Reichsgericht eingelegt werden? Für 23 Genossen, die zunächst in Betracht kämen, wäre die Revision aus äußeren, formalen Gründen nicht möglich. Der Redner erörtert sodann die Möglichkeiten, trotzdem die äußeren Voraussetzungen für ein Weitergehen des Falles bis an das Reichsgericht herbeiführen zu können, und ging nach Besprechung der formalen Seite der Prozeßangelegenheit nochmals auf den Prozeßstoff selbst ein. Die zahlreichen Einwände gegen die Auffassung des Oberlandesgerichts bezüglich der Verschmelzung der Genossenschaften hat das Gericht zurückgewiesen. Auf eine Verlesung der beiden Urteile, von denen das erste 30 und das zweite 17 Seiten umfaßt, wird verzichtet. An der Überzeugung, daß eine Fusion, wie sie damals erfolgte, notariell beglaubigt sein muß, um rechtsgültig zu sein, sei nach wie vor festzuhalten. In Magdeburg sind Vergleichsverhandlungen angeregt worden, die jedoch von den Genossen damals abgelehnt wurden. In der Leitung des Schußverbandes habe man es jedoch für richtig gehalten, die Fäden mit der Gegenpartei, die bereits angeknüpft waren, nicht abreißen zu lassen. Professor Stein vom Deutschen Genossenschaftsverband war gebeten worden, Verhandlungen einzuleiten. In seinen weiteren Darlegungen berichtete Herr König sodann noch über den Vergleichsvorschlag, den die Vertreter der Genossen der Gegenseite gemacht haben, ein Vorschlag, der sich in eine Reihe von Einzelvorschlägen gliedert und davon ausgeht, daß auf der Basis von 60% eine Verständigung möglich sein sollte. Mit einem Nachlaß von 40% würde man in den Kreisen der Genossen wohl einverstanden sein. Aus der Antwort der Gegenpartei, der Girozentrale, welche der Redner ebenfalls zur Kenntnis brachte, geht hervor, daß diese gern bereit ist, eine friedliche Beilegung der Angelegenheit zu unterstützen. Es bestehen jedoch verschiedene rechtliche Schwierigkeiten, die zuvor aus dem Wege geräumt werden sollten; auch erhebt die Girozentrale gegen Einzelforderungen des Vergleichsvorschlags Widerspruch. So hat sie Bedenken gegen den Vorschlag von 60%, der einen zu weitgehenden Nachlaß für die Genossen in sich schließt. Von besonderer Wichtigkeit sei es für die Girozentrale die Zurücknahme des Einspruchs des Schußverbandes-Vorstandes gegen die Forderung der Girozentrale. Der Vergleich, so führte Herr König weiterhin aus, wenn es zu einem solchen kommt, solle für alle Genossen, nicht nur für die Schußverbandsmitglieder, abgeschlossen werden.